

Die Tagung des Nationalrates der Allgemeinen Arbeitsföderation Italiens in Verona

Vom 5. bis 8. November tagte in Verona der Nationalrat der Allgemeinen Arbeitsföderation¹. Dieses Organ ist nach dem allgemeinen Kongress die höchste Instanz der Arbeitsföderation; ihm gehören die Vertreter aller Arbeitskammern (in denen die Arbeiter der verschiedenen Gewerkschaften auf Stadt- und Provinzebene zusammengefasst sind) und aller Verbände der einzelnen Industriezweige an.

Im Gegensatz zum Kongress lässt der Nationalrat nicht zu, dass die Organisationen sich die Vertreter selber wählen, denen sie ihr Mandat übertragen. Er wird nur beschickt von Funktionären der Verbände, die meist zur Tagung erscheinen, ohne vorher auch nur die Leitungen der einzelnen Ortsverbände befragt zu haben.

Diesmal war die Tagung des Nationalrates von besonderer Wichtigkeit. Seit drei Monaten verlangte das kommunistische Gewerkschaftskomitee seine Einberufung; es hatte in einem offenen Brief, durch ein Mandat der Parteizentrale begleitet, den Vorschlag einer proletarischen Aktion gegen die Unternehmeroffensive gemacht und die verschiedenen italienischen Gewerkschaftsorganisationen (Arbeitsföderation, Gewerkschaftsunion und Eisenbahnverband) aufgefordert, ihre Nationalräte einzuberufen, um den kommunistischen Vorschlag zu prüfen und einen Aktionsausschuss zu seiner Realisierung ins Leben zu rufen. Der Vorschlag bezweckte die Bildung der Einheitsfront aller Arbeiterorganisationen, um die infolge der Unternehmeroffensive an verschiedenen Orten entbrannten Teilkämpfe zusammenzufassen, bestimmte Errungenschaften zu prinzipiellen Fragen zu machen und sie vom ganzen Proletariat durch den Generalstreik zu verteidigen. Der offene Brief des kommunistischen Gewerkschaftskomitees enthielt folgende Forderungen: achtstündige Arbeitszeit, Sicherung des bestehenden Lohnniveaus, angemessene Arbeitslosenunterstützung, Kontrolle der Arbeiter über Entlassungen, Recht auf Organisationsfreiheit.

Infolge der Dringlichkeit dieses Vorschlages wurde die Einberufung des Nationalrates und nicht des allgemeinen Kongresses verlangt und gleichzeitig eine intensive Propagandaarbeit für die von den Kommunisten vorgeschlagene Aktion in Gang gesetzt. Seit August haben sich zahlreiche Arbeiterversammlungen für den kommunistischen Vorschlag ausgesprochen; von den Gewerkschaftsführern wurde er hingegen nur kühl aufgenommen, und ebenso wenig begeistert nahmen ihn die Syndikalisten und Anarchisten aus der Gewerkschaftsunion auf, während der Eisenbahnverband (der von einem anarchistisch-sozialistischen Block geleitet wird) ihm nur verbal zustimmte; die Sozialisten aus der Allgemeinen Arbeitsföderation haben sich hochmütig dagegen ausgesprochen. Die Gewerkschaftsführer taten zunächst so, als ob sie vom kommunistischen Gewerkschaftskomitee noch nie etwas gehört hätten: Diese Taktik musste jedoch bald aufgegeben werden, da innerhalb der Massen die Unzufriedenheit mit dem ablehnenden Verhalten der Arbeitsföderation ständig wuchs. Die Leitung (Exekutive) der Föderation hat dann einen eigenen Vorschlag bekanntgegeben, der in einer an die Regierung gerichteten Aufforderung bestand, eine Enquete-Kommission ins Leben zu rufen, um festzustellen, in welcher Lage sich die Industrie befindet und ob die von den Industriellen geforderte Senkung der Löhne berechtigt ist. In dem von der Arbeitsföderation und der Sozialistischen Partei gemeinsam herausgegebenen Manifest wird durch die Anerkennung des Schiedsspruchs dieser Enquete-Kommission das Prinzip aufgestellt, dass der Arbeitslohn herabgesetzt werden kann, wenn die Gewinne des Kapitals sinken.

Diese lächerliche antisoziale ökonomische Formel, ebenso wie der Vorschlag einer Enquete-Kommission selber, hatten heftige Angriffe durch die Kommunisten zur Folge, deren Wirkung noch erhöht wurde durch den Umstand, dass sie immer mehr Zustimmung bei den Massen fanden. Inzwischen verschärften sich an verschiedenen Orten die durch die Forderung nach Lohnsenkung hervorgerufenen Gegensätze. In mehreren Industriezweigen wurden die Tarifverträge gekündigt und die Löhne herabgesetzt; in der Textil-, Metall- und chemischen Industrie entbrannten Kämpfe. Ende Oktober befanden sich die Metallarbeiter der Triester Tarifzone und Liguriens im Streik, während auch in der Provinz Piemont und in der Lombardei Streiks bevorstanden; außerdem streikten in ganz Italien die Wollweber. An verschiedenen Orten waren zu gleicher Zeit Lohnbewegungen von geringerer Bedeutung im Gange. Die Un-

¹ Allgemeine Arbeitsföderation = Confederazione Generale del Lavoro (CGL).

zufriedenheit innerhalb der Arbeiterschaft wurde immer größer, und im Nationalrat der F.I.O.M. (Federazione Italiana Operai Metallurgici – Metallarbeiterverband Italiens) konnten die Kommunisten ihre Stellung bedeutend festigen (45.000 gegen 65.000); ihre Vertreter wurden auch in den Aktionsausschuss der Metallarbeiter gewählt. Der Streik in diesem wichtigen Industriezweig schien in ganz Italien unmittelbar bevorzustehen. Während die Regierung den von der Arbeitsföderation gemachten Vorschlag der Einsetzung einer Enquete-Kommission angenommen hatte, widersetzten sich ihm die Industriellen, die die Konfrontation suchten.

Die Gewerkschaftsführer sahen sich gezwungen, für den 5. November den Nationalrat einzuberufen. Die kurze Zeitspanne zwischen der Beschlussfassung und dem Tagungstermin hatte den Zweck, die Konferenz nur von den Funktionären beschicken zu lassen.

Für Montag, den 1. November, war in der Lombardei der Streik der Metallarbeiter ausgerufen worden, was einen Streik auf Landesebene bedeutet hätte. Tags zuvor hatten die Regierung und die reformistischen Führer eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet. Schließlich gelang es ihnen, von den Industriellen in der Lombardei Zugeständnisse zu erhalten, die, trotz des Widerstandes der Kommunisten, zu einer Verständigung führten, so dass der für Montag angesetzte Streik wieder abgesagt wurde.

Der Vergleich, dem zufolge bis zum 31. Dezember in den Betrieben der Lombardei der bisherige Zustand beizubehalten ist, bedeutete in Wirklichkeit die stillschweigend vorausgesetzte Anerkennung der Enquete-Kommission und des Grundsatzes, wonach die Löhne herabgesetzt werden können, wenn die Kommission eine wirklich schwierige Lage der Kapitalisten feststellt. Ferner durchbrach dieser Vertrag die landesweite Kampffront der Metallarbeiter, denn er wendete den Zusammenstoß in der Lombardei ab, während in Ligurien, in Triest und in anderen Gebieten der Streik weiterging. Der abgeschlossene Vertrag sollte in der Mailänder Metallarbeiterversammlung ratifiziert werden, doch diese endete mit einer wüsten Prügelei zwischen den widerstreitenden Gruppen.

Durch eine große Kraftanstrengung ist es den reformistischen Führern (diesen Helfershelfern der Regierung), die eine Aktion der Kommunisten auf sich zukommen sahen, gelungen, auch den Arbeitern der chemischen Industrie in sehr unzweideutiger Art und Weise einen Vergleich aufzuzwingen, der eine heftige Polemik hervorgerufen hat.

So war die Situation, als die Konferenz in Verona zusammentrat. Es waren etwa 200 Delegierte anwesend, darunter zirka 60, die zur kommunistischen Opposition gehörten. Zwischen beiden Parteien tat sich ein wahrer Abgrund auf. Die Kommunisten griffen die Gewerkschaftsführer grundsätzlich an, die sich von ihren besten Rednern verteidigen ließen und ihren Hass gegen die Kommunisten und ihren Wunsch, diese aus den Reihen der Arbeitsföderation zu verjagen, offen zum Ausdruck brachten. Aber die kommunistische Gewerkschaftsorganisation war stark genug, diesen Angriff abzuwehren.

Auf der Konferenz waren die Kommunisten durch die strenge Disziplin verbunden, die unsere Gewerkschaftsminderheit in der Arbeitsföderation beseelt. Der kommunistische Gewerkschaftsausschuss, durch einen Vertreter der Parteizentrale ergänzt, erließ Direktiven, die eine große Schlagkraft und einen konsequenten Aktionsverlauf ermöglichten. Die Sozialisten ihrerseits einigte die Angst und die Abneigung gegen die Kommunisten. Die Sozialistische Partei, die ein „Bündnis“ mit der Arbeitsföderation geschlossen hat, war nicht anwesend, und erst zum Schluss der Tagung kam ein Telegramm des Parteivorstandes, in dem mitgeteilt wurde, die Partei sei nicht vertreten, weil Serrati im Ausland weile. Andererseits stand aber die gesamte sozialistische Presse, in erster Linie der „Avanti“, den Gewerkschaftsführern für ihre Kampagne gegen die Kommunisten zur Seite. Von Beginn an stand die Frage der Machtbefugnisse auf der Tagesordnung, während die polemischen Beweisführungen in den Hintergrund traten. Während der ganzen Tagung protestierten die Kommunisten heftig gegen die systematisch nur formal angewandten Mechanismen, derer sich die Gewerkschaftsbürokratie bediente.

Um die Abstimmung auf dieser Konferenz richtig einschätzen zu können, muss man folgendes berücksichtigen:

1. Die Abstimmung erfolgte auf Grundlage der 1920 eingeschriebenen Mitglieder. Das heißt, man ging

von einer Zahl aus, die inzwischen um die Hälfte geringer ist. Ein Verfahren auf Kosten der Kommunisten, denn die für sie abgegebenen Stimmen kamen von real existierenden Organisationen, die im Laufe des Jahres 1921 von den Kommunisten erobert worden waren und sich für deren Vorschlag entschieden hatten, während Hunderttausende von nicht mehr vorhandenen Mitgliederstimmen der Föderation zugeschlagen wurden. Um ihre Stimmen zu behaupten, hätten die Kommunisten nachweisen müssen, dass die nicht mehr existierenden Mitgliederstimmen gegen die Beschlüsse der Arbeitsföderation votiert hätten. Es genügt, das Beispiel des Landarbeiterverbandes anzuführen; ihm gehören nur noch etwa 200.000 Mitglieder an, es wurden aber 800.000 angerechnet (diese ungeheure Abwanderung erklärt sich aus den faschistischen Aktionen auf dem Lande); die Kommunisten vertraten eine Minderheit, die im Vergleich zu den 200.000 stark gewesen wäre, bei den fiktiven 800.000 aber jeden Wert verlor. Vergeblich hatten die Kommunisten verlangt, dass nur real existierende Organisationen, die sich im Jahre 1921 angeschlossen haben, zur Wahl zugelassen würden.

2. Die in den Gewerkschaftsstatuten vorgesehene Abstimmung geht in ganz besonderer Weise vor sich. Ein und dieselben Organisierten sind im Nationalrat doppelt vertreten, und zwar einmal durch die Arbeitskammern, das zweite Mal durch die Industrieverbände. Der Metallarbeiterverband der Stadt Mailand z.B. stimmt zunächst als Teil der Mailänder Arbeitskammer, dann als Mitglied des Metallarbeiterverbandes Italiens. Infolgedessen wird die bei der allgemeinen Abstimmung abgegebene Stimmzahl, sowohl die der Arbeitskammern als auch die der Verbände, durch zwei geteilt. Wenn alle Organisationen vertreten gewesen wären, wenn z.B. die Stimmen des Mailänder Metallarbeiterverbandes gleichermaßen in der Arbeitskammer wie im Verband ins Gewicht fielen, so wäre es gleichgültig, ob die Arbeitskammern oder die Verbände befragt werden – das Resultat dürfte sich nicht wesentlich ändern. Indessen, die Vorzüge der gewerkschaftlichen „Demokratie“ sind ja bekannt! Die Opposition gegen die Gewerkschaftsführer tritt zwar in den Ortsverbänden, den Arbeitskammern scharf hervor, jedoch gelingt es ihr nicht, in das Allerheiligste der Landesverbände vorzudringen, so dass Letztere ein ungeheures Stimmenreservoir für die Gewerkschaftsbürokratie bilden.

3. Den Kommunisten ist die Vertretung vieler Organisationen, vor allem der Minderheiten in den Verbänden und Arbeitskammern, in denen oft fast die gleiche Stimmzahl für uns abgegeben wurde, verweigert worden.

4. Alle Stimmen von Organisationen, die den kommunistischen Vorschlag nicht diskutiert hatten – meistens infolge der Obstruktion der Führer – wurden stillschweigend den Sozialisten zugeschlagen.

Die Abstimmung in Verona war also absolut fiktiv. Wenn man eine Einschätzung der wirklichen Kräfteverhältnisse vornimmt, statt ein Scheinkriterium zugrunde zu legen, würden die Kommunisten zwangsläufig hinzugewinnen. Also unterlässt man dies lieber und nimmt nur das Endresultat: die Kommunisten haben 417.000 Stimmen erhalten, die Sozialisten 1.426.000. Will man sich ein genaueres Urteil bilden, so muss Folgendes in Betracht gezogen werden: würde es sich um die Abstimmung in den Arbeitskammern allein handeln, so hätten die Kommunisten 500.000, die Sozialisten 1.200.000 Stimmen erhalten. Hätten an der Abstimmung nur die im Jahre 1921 tatsächlich Organisierten teilgenommen, deren Zahl etwa eine Million beträgt, so hätte man, da die Sozialisten bedeutend mehr an Stimmen verloren haben als die Kommunisten, ein Verhältnis von etwa 400.000 zu 600.000 erhalten. Das bedeutet, dass sich auf einem regulär organisierten Kongress (an dem Vertreter aller Minderheiten teilnehmen würden und von dem diejenigen Organisationen auszuschließen wären, die zu der auf dem Kongress gestellten Frage nicht vorher Stellung bezogen haben) zeigen würde, dass die Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft hinter den Kommunisten steht. In diesem Fall wäre der Mechanismus der Diktatur der Gewerkschaftsbürokratie zu nichte gemacht.

Die Einberufung des allgemeinen Kongresses fordern die Kommunisten auch deshalb, weil sie die Abstimmung über die Frage der Internationale, die eine Mehrheit für die Amsterdam ergeben hat, nicht anerkennen können; sie haben nicht mit abgestimmt, weil ihrer Ansicht nach nur der allgemeine Kongress befugt ist, in dieser Frage zu entscheiden.²

² Rote Gewerkschafts-Internationale (RGI): 1921 in Moskau gegründet, integrierte sie den mit der Oktoberrevolution sympathisierenden revolutionären Teil der internationalen Gewerkschaftsbewegung und stand konträr zum sozial-

Die Kommunistische Partei hat ein Manifest herausgegeben, in dem sie erklärt, die Arbeit zur Eroberung der Gewerkschaften mit noch größerem Eifer fortzusetzen, nachdem die Konferenz in Verona bewiesen hat, dass die Stellung der Kommunisten in den Gewerkschaften sehr gefestigt ist. Durch das stets dichtere Netz kommunistischer Zellen und kommunistischer Gewerkschaftsausschüsse, die mit der Partei aufs engste verknüpft sind, wird sie es schaffen, die Kontrolle über die Allgemeine Arbeitsföderation zu erobern, so dass für ihre Tagungen eine Basis geschaffen wird, die den tatsächlichen Verhältnissen mehr entspricht als die jetzige, die den geschickten und unermüdlichen Gewerkschaftsführern viel Spielraum für ihre Manipulationen lässt.

Auf dem Kongress wird der Kampf fortgesetzt, der heute in jeder Gewerkschaftsorganisation vor sich geht; er wird unserer Partei zu neuen Siegen verhelfen. Die Partei wird für die kommunistische Gewerkschaftsaktion folgende Richtlinien aufstellen: den Beitritt zur Moskauer Gewerkschaftsinternationale, den proletarischen Zusammenschluss, d.h. die Vereinigung der Allgemeinen Arbeitsföderation mit der Gewerkschaftsunion und dem Eisenbahnverband, und die proletarische Einheitsfront gegen die Unternehmeroffensive, die immer weiter geht und der die reformistischen Führer nichts als ihren Defätismus entgegenzusetzen wissen. Andererseits sieht man, auch unabhängig vom Kongress, den die Gewerkschaftsführer mit allen Mitteln zu verhindern suchen werden, deutliche Symptome für die unbändige Empörung der Massen gegen den Opportunismus der Führer.

Was die von der Kommunistischen Partei den Gewerkschaftsorganisationen vorgeschlagene Taktik angeht, so wird sie am deutlichsten durch den Text der auf der Konferenz in Verona eingebrachten kommunistischen Resolution.

Diese Resolution lautet:

„In Anbetracht dessen, dass die Unternehmer in all ihren politischen und wirtschaftlichen Äußerungen einen Plan entwickeln, dem zufolge die proletarische Klassenorganisation vernichtet werden soll, und in dem die herrschende Klasse den einzigen Weg sieht, um aus der jetzigen Situation so herauszukommen, dass ihre wirtschaftliche und politische Herrschaft gewahrt bleibt und die revolutionäre Lösung verhindert wird, zu der das Proletariat durch die Verteidigung seiner unmittelbaren Lebensinteressen und durch die Entfaltung seines wirtschaftlichen Kampfes gedrängt wird;

– in Anbetracht dessen, dass es gleichbedeutend ist mit der Niederlegung der Waffen gegenüber der Unternehmeroffensive und mit dem Verzicht nicht nur auf jede Methode des Klassenkampfes, sondern auch auf die bloße Existenz der proletarischen Organisation, wenn der gewerkschaftliche Kampf und der Einsatz der organisierten Kräfte durch den Schiedsspruch einer Kommission ersetzt wird, in der die Vertreter der Unternehmer, des Staates und der gelben Gewerkschaften eine Mehrheit gegenüber den Vertretern der proletarischen Gewerkschaften haben – womit das Prinzip anerkannt würde, dass aufgrund einer staatlichen Untersuchung der wirtschaftlichen Situation die Senkung der Löhne gerechtfertigt sei, wenn sie einer Verminderung der Kapitalgewinne entspräche;

– in Anbetracht dessen, dass der gewerkschaftliche Widerstand gegen die Forderungen der Unternehmer keine Aussicht auf einen wirklichen proletarischen Sieg und auf den tatsächlichen Schutz der Organisationen bietet, wenn der Kampf an jedem Ort und in jedem Industriezweig isoliert geführt wird;

– in Anbetracht dessen, dass der bisherige Verlauf der Kämpfe deutlich zeigt, dass dies erst der Anfang der kapitalistischen Angriffe gegen die Errungenschaften des Proletariats ist, wobei auch dort, wo vorübergehend ein Waffenstillstand geschlossen wurde, die Arbeiter nicht vor den Repressalien der Unternehmer geschützt sind, zumal der proletarische Kampf durch die falsche Taktik der von Fall zu Fall getroffenen Entscheidungen gefährdet und stillschweigend das schändliche Prinzip der Senkung der Löhne (je nach der Lage der Industrie) anerkannt und festgeschrieben wird,

erklärt der Nationalrat der Allgemeinen Arbeitsföderation nach eingehender Prüfung der ernsten Situation, in der sich das italienische Proletariat befindet, dass es Aufgabe und Pflicht der Arbeiterorganisationen ist, mit aller Kraft die Forderungen zu verteidigen, die angesichts der Existenzbedingungen der Arbeiter wirkliche proletarische Errungenschaften darstellen und deren Aufrechterhaltung unumgängliche Vorbe-

demokratisch beeinflussten reformistischen Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), auch Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale genannt.

dingung ihrer Organisierung ist. Diese Forderungen sind:

- a) achtstündige Arbeitszeit;
- b) tatsächliche Anerkennung der Tarifverträge für Industrie- und Landarbeiter und keine Lohnsenkung, da die Lebenshaltungskosten nicht gesunken sind;
- c) Existenzsicherung der Arbeitslosen und ihrer Familien; die Kosten haben die Unternehmer und der Staat zu tragen;
- d) Unantastbarkeit bzw. Anerkennung des Organisationsrechtes;
- e) Kontrolle der Organisation über Beförderungen und Entlassungen, damit die Anerkennung aller oben genannten Forderungen nicht rückgängig gemacht werden kann.

Der Nationalrat stellt fest, dass die Verteidigung dieser Forderungen nur möglich ist durch die Verwirklichung der Einheitsfront der Arbeiter aller Fachverbände und aller gewerkschaftlichen Organisationen, durch die Entfaltung einer gemeinsamen Aktion und durch die Vereinheitlichung aller Kämpfe und Lohnforderungen, damit der Unternehmeroffensive der Generalstreik des gesamten Proletariats entgegengesetzt werden kann. Der Nationalrat beschließt, einen Aktionsausschuss zu wählen, der sich sofort mit den Vertretungen der übrigen Arbeiterorganisationen Italiens in Verbindung zu setzen und die Koordinierung und Leitung der Bewegung auf obengenannter Plattform zu übernehmen hat, um die bereits begonnenen Einzelkämpfe des Proletariats zu koordinieren, sie gegen die Offensive der Unternehmer zu richten und die so zusammengeschlossenen Kräfte des Proletariats zur vollen Entfaltung zu bringen.“

Noch einige Worte zum Schluss. In dem Kampf zwischen Kommunisten und Gewerkschaftsbürokratie, die aus den Ultrareformisten des rechten Flügels der Sozialistischen Partei besteht, hat die aus dem Mailänder Kongress hervorgegangene maximalistische Mehrheit jede Bedeutung verloren. Nur wenige Anhänger Serratis³ sind nicht bereit, die Rolle der Lakaian des kollaborationistischen Reformismus zu spielen und sich der Abstimmung enthalten (unserer Ansicht nach wird die wirkliche Arbeitsgemeinschaft weniger durch das eventuelle, zukünftige sozialistisch-bürgerliche Ministerium hergestellt, als durch die Politik der Arbeitsföderation, die sich schon ganz offen auf den Boden der industriellen und kapitalistischen Krisenlösung gestellt hat). Diese, d.h. diejenigen „Maximalisten“, die sich nicht jeder Anordnung der Firma D'Aragona⁴ & Co. fügen, haben gerade 18.000 von 1.800.000 Stimmen auf sich vereinigt!

Diese Tatsache kann denjenigen Klarheit verschaffen, die der Ansicht sind, dass ein großer Teil der italienischen Massen durch eine Politik zu gewinnen wäre, die die Spaltung der Sozialistischen Partei und die Verschmelzung der Kommunisten mit dem linken Flügel der Sozialisten anstrebt. Die Sozialistische Partei Italiens ist nur ein Phantom gegenüber der Wirklichkeit jener „Partei der Arbeit“, die gegründet ist von der Arbeitsföderation und ihrer Führerclique.

Quelle:

„Die Tagung des Nationalrates der Allgemeinen Arbeitsföderation Italiens in Verona“: Internationale Presse-Korrespondenz, Nr. 26, November 1921.

³ Serrati, Giacinto (1876-1926): Chefredakteur des Zentralorgans der SPI, des „Avanti“. 1918 beim Kongress in Bologna Führer der maximalistischen Fraktion der SPI. Bildete nach Livorno die „terzinternationalistische“ Fraktion („Terzini“), die die Verschmelzung der Sozialisten und Kommunisten, unter einer Doppelspitze Serrati und Gramsci, befürwortete.

⁴ D'Aragona, Ludovico (1876-1961), u.a. von 1918-25 Vorsitzender der Confederazione Generale del Lavoro (CGL), Mitglied der SPI.